

von der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei geführten Werktätigen zu verstehen.

In diesem Sinne wird der Begriff der Herrschaft der Arbeiterklasse sowohl im „Kommunistischen Manifest“ erstmals von Marx und Engels verwendet als auch später von Lenin aufgegriffen und weiterentwickelt.^{6/} Jede Reduzierung des Begriffs der Klassenherrschaft der Arbeiterklasse lediglich auf Herrschaft über andere Klassen und Schichten grenzt sich ungenügend von jenem Herrschaftsbegriff ab, wie er in bürgerlich-imperialistischen, vor allem positivistischen Staatsauffassungen anzutreffen ist, der letztlich nur die staatliche Herrschaft von Ausbeuterklassen reflektiert.

In diesem Zusammenhang ist auch zu beachten, daß die Dokumente des IX. Parteitag der SED wie des XXV. Parteitag der KPdSU durchgängig von der Einheit, von der Dialektik von Nationalem und Internationalem in der Politik der Arbeiterklasse ausgehen. Das hat auch für das Wesen des sozialistischen Staates als Klassenherrschaft der Arbeiterklasse in allen seinen Entwicklungsetappen grundsätzliche Bedeutung. So vollzieht sich beispielsweise der allmähliche Übergang zum Kommunismus innerhalb der sozialistischen Gemeinschaft im harten Klassenkampf mit dem Imperialismus. Daraus müssen notwendigerweise Rückwirkungen auf Wesen, Funktion und historische Entwicklung des sozialistischen Staates abgeleitet werden.

Der sozialistische Staat als politische Macht und Herrschaft der Arbeiterklasse hat auf Grund dieses Klassenkampfes mit dem Imperialismus im Weltmaßstab immer — auch dann, wenn im Innern des einzelnen sozialistischen Staates keine feindlichen Klassen und Schichten mehr existieren und auch ihre Überreste beseitigt sind — antiimperialistische Klassenaufgaben zu erfüllen. Unter den Bedingungen des Kampfes zwischen den beiden Weltsystemen wäre es undialektisch, wollte man zwischen den inneren und äußeren Entwicklungsbedingungen und Aufgaben eines sozialistischen Staates eine Scheidewand errichten. Beide durchdringen einander in vielfältiger Weise. Deshalb ist auch das Wesen des sozialistischen Staates als Herrschaft der Arbeiterklasse nicht innen- und außenpolitisch aufspaltbar. Das Wesen des sozialistischen Staates als Klassenmacht der Arbeiterklasse betrifft stets die Totalität der historischen Mission der Arbeiterklasse. Es ist ein Grunderfordernis der materialistischen Dialektik, das Ganze der gesellschaftlichen Bedingtheit und des gesellschaftlichen Wirkens des sozialistischen Staates zu sehen. Leider werden in der staatsrechtlichen Arbeit noch immer Begriffe und Kategorien einseitig aus der Analyse der inneren Entwicklungsbedingungen der einzelnen sozialistischen Gesellschaften abgeleitet.

Die Beschlüsse des IX. Parteitag der SED charakterisieren im Einklang mit den von Marx, Engels und Lenin gewonnenen Erkenntnissen die sozialistische Demokratie als Wesen, Inhalt und Form der Macht der Arbeiterklasse. Sozialistische Demokratie ist niemals etwas, was der staatlichen Macht der Arbeiterklasse hinzuzufügen ist, sondern es ist deren Wesensmerkmal, deren Inhalt und zugleich deren Form. Das sagten Marx und Engels schon im „Kommunistischen Manifest“, als sie die Errichtung des sozialistischen Staates mit den Worten „Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, Erkämpfung der Demokratie“ umschrieben.^{7/} Die notwendige Einheit von staatlicher

Macht der Arbeiterklasse und sozialistischer Demokratie ergibt sich aus dem Wesen der Arbeiterklasse, die keine Sonderinteressen gegenüber der Gesellschaft hat, deren Grundinteressen mit denen der anderen Werktätigen übereinstimmen, weil sie keine Ausbeuterklasse ist.

Festigung, Stärkung des sozialistischen Staates und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie sind deshalb zwei Seiten eines einheitlichen Prozesses. Beide sind wiederum kein Selbstzweck, sondern dienen der immer besseren Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen, der Entwicklung ihrer sozialistischen Persönlichkeit, ihrer bewußten Kollektivität. Dieser Zusammenhang von sozialistischem Staat und sozialistischer Demokratie gilt für alle Fragen staatlicher Leitungstätigkeit. Bekanntlich betonte Genosse Erich Honecker auf dem IX. Parteitag, „daß Leitungsfragen Fragen der Ausübung der Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten sind“. Damit wird allerdings in keiner Weise irgendeiner bürokratischen Perfektionierung des Staats- und Wirtschaftsapparats das Wort geredet, weil „Leitung, Planung und ökonomische Stimulierung eine untrennbare Einheit mit der Initiative der Arbeiterklasse, der Genossenschaftsbauern und aller anderen Werktätigen bilden müssen“.^{8/} Denn: „Die demokratische Teilnahme der Werktätigen an der Leitung und Planung ist eine wichtige Bedingung für die Ausarbeitung und Verwirklichung anspruchsvoller realer Pläne.“^{9/}

Sozialistische Demokratie ist also nichts, was sozialistischer staatlicher Leitung als garnierendes Beiwerk hinzuzufügen ist; sie betrifft vielmehr Inhalt und Stil sozialistischer staatlicher Leitung. Deshalb ist beispielsweise der Kampf gegen alle Erscheinungen des Bürokratismus integrierender Bestandteil der Maßnahmen zur Festigung der sozialistischen Demokratie. Der Bürokrat „opfert das Wesen der Sache der Form, er vergißt die Interessen des Staates, der Gesellschaft und der Menschen zugunsten der Ressortinteressen und engstirniger lokaler Belange. Einige Mitarbeiter versuchen, Entscheidungen, dem in jeder Angelegenheit erforderlichen vernünftigen Risiko und der persönlichen Verantwortung auszuweichen.“^{10/}

II

Die Macht der Arbeiterklasse wird über das gesamte System der politischen Organisation der sozialistischen Gesellschaft verwirklicht, an dessen Spitze die marxistisch-leninistische Partei als führende Kraft steht und in dem der sozialistische Staat als Hauptinstrument fungiert. Diese im Parteiprogramm der SED wie im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees formulierte Grundposition ist von weittragender Bedeutung für alle Überlegungen zur gesetzmäßigen Entwicklung der sozialistischen Demokratie. Es seien hier nur einige staatsrechtliche Aspekte der Problematik vermerkt.

Da es sich bei der sozialistischen Demokratie um Form und Inhalt der Macht der Arbeiterklasse handelt, ist sie notwendigerweise immer mit dem Staat der Arbeiterklasse als dem Hauptinstrument der Klasse und ihrer Partei untrennbar verbunden. Das heißt aber nicht, daß die sozialistische Demokratie schlechthin mit ihm identisch ist. Wird die sozialistische Demokratie theoretisch und praktisch aus ihrer Verbindung mit dem sozialistischen Staat herausgelöst, dann landet

6/ Vgl. W. I. Lenin, „Staat und Revolution“, in: Werke, Bd. 25, Berlin 1960, S. 416 f.; „Erste Skizze eines Programmwerfungs — VH. Parteitag der KPR (B)“, in: Werke, Bd. 27, Berlin 1960, S. 11; „Grüß an die ungarischen Arbeiter“, in: Werke, Bd. 29, Berlin 1961, S. 377.

7/ K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 481.

8/ E. Honecker, a. a. O., S. 83 und 84.

9/ Ebenda, S. 84.

10/ L. I. Breshnew, AUES für das Wohl des Volkes (Rede auf der Wählerversammlung des Moskauer Bau man-Wahlbezirks am 14. Juni 1974), Moskau 1974, S. 22 f.